

**47. Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

Beschluss

Würdigung, Stärkung und Ausbau der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den ostdeutschen Ländern

Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Die ostdeutschen Länder versammeln auf ihrem Gebiet zahlreiche Leuchttürme der Wissenschaft und Forschung von überregionaler, nationaler und internationaler Strahlkraft. Die im Länderband Bundesbericht Forschung und Innovation 2018 aufgezeigte regionale Verteilung der Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie Bundes- und Landeseinrichtungen mit FuE-Aufgaben zeigt die Dichte herausragender wissenschaftlicher und innovativer Einrichtungen auf dem Gebiet der ostdeutschen Länder. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder wollen als starke Partner diese Forschungslandkarte besser sichtbar machen, weiter fortschreiben und ausbauen.
2. Gerade die Corona-Pandemie macht den hohen Stellenwert deutlich, den Wissenschaft und Forschung in Krisenzeiten genießen. Damit verbunden ist auch das Vertrauen der Bevölkerung, dass wissenschaftliche Erkenntnisse Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bei der Bewältigung der direkten Auswirkungen und späteren Folgen unterstützen.
3. Im Zusammenhang mit der Erforschung und Bekämpfung der Corona-Pandemie spielen ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine wichtige Rolle. Dabei reicht die Bandbreite von der Testentwicklung über Therapien und Impfstoffe bis hin zu Studien über Krankenhaushygiene, Mobilitätsverhalten,

**47. Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

psychische Belastungen und mediale Diskurse. Gleichzeitig sind die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen von den Maßnahmen gegen die Verbreitung des Coronavirus auch selbst unmittelbar betroffen. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder unterstreichen daher die Notwendigkeit, die Hochschulen im Rahmen eines Konjunkturpakets mit einem Förderprogramm „Digitalisierung der Lehre“ beim Ausbau und der nachhaltigen Verbesserung ihrer digitalen Lehr- und Lernangebote zu unterstützen. Hierbei ist zu beachten, dass es sich bei der digitalen Transformation im Bereich der Lehre nicht nur um eine rein technische Innovationen, sondern um didaktische, curriculare und organisatorisch-strukturelle Innovationen handelt.

4. In der Neujustierungsphase des Coronaaufbaus müssen besonders Gesundheitsinnovationen angeschoben werden. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um mit einem neuen impulsgebenden Programm beginnend in Ostdeutschland neue Ideen zu etablieren. Ein Ansatzpunkt wäre, durch die zielgerichtetere Unterstützung klinischer Studien in Ostdeutschland Innovationen schneller und effizienter in die medizinische Versorgung zu bringen. Ein solches Programm würde an erfolgreiche Programme wie Wandel durch Innovationen in der Region (WIR) anknüpfen, das im Osten begonnen und auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt wurde.
5. In vielen Teilen Ostdeutschlands bestehen nach wie vor konkrete Entwicklungsdefizite wie zu geringe Forschungskapazitäten im privaten Sektor. Die eher kleinteilige Wirtschaftsstruktur kann zwar schnelle und flexible Reaktionen auf sich ändernde Rahmenbedingungen ermöglichen. Das Fehlen größerer Industrieunternehmen mit attraktiven Forschungsbudgets stellt aber eine besondere Herausforderung für die Hochschulen bei der Einwerbung von Drittmitteln dar und benachteiligt auf externe Finanzierung angewiesene Wissenschaftszweige. Dabei sind gerade langfristige Investitionen in Forschung und Entwicklung wichtig für ein nachhaltiges Wachstum regionaler

**47. Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

Volkswirtschaften, Beschäftigung und Wohlstand. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder sprechen sich daher dafür aus, die Ansiedelung von FuE-Abteilungen von Wirtschaftsunternehmen in den ostdeutschen Regionen durch noch zu bestimmende Anreize bzw. Investitionen zu begünstigen.

6. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder fordern den Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer und die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) auf, sich verstärkt mit den Möglichkeiten, Erfolgsfaktoren und Hürden bei der Ansiedelung, Kooperation und Finanzierung einer wettbewerbsfähigen Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur in Ostdeutschland zu beschäftigen. Bei der Entscheidung von wissenschafts- und forschungspolitischen Fragen sollte die regionale Ausgewogenheit als ein bedeutender Aspekt Berücksichtigung finden. In diesem Zusammenhang bitten die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder die Bundesregierung um transparente Standortfindungsverfahren unter Berücksichtigung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 25. Juni 1992 (BT-Drs. 12/2853 (neu)).
7. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder halten es für erforderlich, dass der Bund die volle Kostenübernahme sowohl bei der angestrebten Akademisierung der Gesundheitsfachberufe als auch für die Umsetzung des Masterplans Medizinstudium 2020 übernimmt.
8. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder sind der Auffassung, dass zusätzlich zur Exzellenzstrategie spezielle Programme benötigt werden, um jene Einrichtungen, die dort nicht berücksichtigt werden konnten, an die Spitzenforschung heranzuführen. Insofern muss auch den sogenannten Hidden Champions ein größeres Augenmerk zuteilwerden. Neue

**47. Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

Unterstützungsansätze und Instrumente sollten die strukturellen Besonderheiten der ostdeutschen Länder berücksichtigen.

9. Strukturwandelprozesse wie die Digitalisierung, der geplante Kohleausstieg, Klimaschutz und Energiewende bergen die Gefahr, die regionalen Disparitäten sowie die flächendeckende Strukturschwäche in den ostdeutschen Ländern zu verschärfen, wenn keine adäquaten Instrumente zu ihrer Bewältigung zur Verfügung stehen. Die ostdeutschen Länder regen daher an, auch im Rahmen der Transformationsprozesse in den bisherigen Braunkohlefördergebieten sowie an strukturschwachen Standorten von Steinkohlekraftwerken die Förderung von zusätzlichen Wissenschaftsprojekten auszubauen. Dabei sind auch die regional und sachlich mittelbar betroffenen Gebiete zu berücksichtigen, zum Beispiel im Hinblick auf die Folgen des Wegfalls der REA-Gips-Produktion.
10. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder unterstreichen die Bedeutung von Allianzen im Sinne von Forschungs- und Infrastrukturcampi über mehrere Einrichtungen hinweg. Diese führen zu sehr erfolgreichen Synergien innerhalb einer Region. Nachteilig sind dabei jedoch die unterschiedlichen Finanzierungssysteme und die derzeit noch ungeklärten steuerrechtlichen Auswirkungen aus der Neuregelung des § 2b UStG. Hier erscheint eine zeitnahe Klärung insbesondere für die Bereiche Wissenschaft und Forschung zwingend.
11. Im europäischen Kontext ist nach 2020 weiterhin eine substantielle Unterstützung aus Forschungsförderprogrammen wie Horizon Europe, aber auch den europäischen Struktur- und Investitionsfonds, soweit diese auch zukünftig mit finanziell attraktiven Anreizen ausgestattet werden, erforderlich, um zu verhindern, dass die erreichten Erfolge wieder in Frage gestellt werden.

**47. Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

12. Für Einrichtungen in den ostdeutschen Ländern ist das Risiko besonders groß, dass mit EU-Mitteln direkt geförderte Forschende (ERC-Förderung) die jeweilige Einrichtung und damit die Region verlassen. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder schlagen daher ein finanzielles Anreizsystem vor, das Einrichtungen in strukturschwachen Regionen in die Lage versetzt, erfolgreich forschende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu halten.

13. Der gemeinsam vom Bund und den Ländern forcierte Ausbau der regionalen Forschungs- und Hochschullandschaften stellt einen wichtigen Anknüpfungspunkt für Netzwerke und Cluster dar. Um die internationale Vernetzung voranzutreiben, stimmen die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder darin überein, dass es stärkerer Förderungen von Verbundvorhaben über Staatsgrenzen hinweg bedarf. Dabei sind für Ostdeutschland insbesondere grenzüberschreitende transnationale Kooperationen mit den östlichen EU-Partnern wie Polen und der Tschechischen Republik attraktiv.